



Aspekte

Hochschulpolitische Informationen des Verbandes der
Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Fachhochschulen
in Bayern e.V.



Der vhb ist als Landes-
verband Mitglied im
Hochschullehrerbund
hlb

Dezember 2019

Nummer 15

Die letzte Ausgabe beinhaltete **Prüfbausteine** und bezog sich als Sonderausgabe auf die Landtagswahl 2018. Mit dieser Ausgabe lenken wir die Aufmerksamkeit wieder auf zwei interne Probleme: **Hohes Lehrdeputat** (hlb-Kampagne 12+1) und die Anrechnungen von **Betriebsrenten** auf das Ruhegehalt. Weiter wollen wir informieren über ein Gespräch des vhb-Vorstands mit Minister Bernd Sibler, über den Informationsaustausch mit den benachbarten Hochschulgruppen aus Österreich, der Schweiz und Baden-Württemberg, über die Konferenz vom April in Kempten und gerne auch über den neu gewählten Vorstand des vhb. Um die Informationen aufzulockern, haben wir erstmals mehrere Bilder zwischen den Text einfließen lassen.

Inhalt

1.	hlb-Kampagne 12 + 1	2
2.	Der neu gewählte Vorstand stellt sich vor	2
3.	Tagungsbericht „Mehr Demokratie an Hochschulen“	3
4.	Was geschieht mit den Betriebsrenten/Standesversorgungen als Altersvorsorge?	5
5.	Gespräch des vhb-Vorstands mit Minister Sibler am 7. Nov. 2019 im Bayerischen Landtag in München	6
6.	Internationaler Austausch zu Fragen der Hochschulpolitik beim IFHAG Treffen 2019.....	7

1. hlb-Kampagne 12 + 1

von Franz-Xaver Boos, HS Hof

Der Hochschullehrerverband hlb hat im Ende November/Anfang Dezember seine Kampagne 12+1 gestartet, die unter dem Motto steht: „Erfolg braucht“

Erfolg braucht Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), die ausreichend Freiraum und Zeit für Forschung und Transfer haben. Ihre Innovationskraft treibt die wichtigen Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft voran. Dieses Aufgabenspektrum ist in den letzten 20 Jahren enorm angewachsen und hat ihren festen Platz in den Hochschulgesetzen der Länder gefunden. Deshalb fordert der Hochschullehrerbund eine Senkung des Lehrpensums auf maximal 12 Semesterwochenstunden sowie eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder einen wissenschaftlichen Mitarbeiter pro Professur.

Die Kampagne soll 3 Phasen durchlaufen, die erste richtet sich an die Professorinnen und Professoren, die zweite an Studierende, Unternehmer/NGOs sowie Regionalverbände/Sozialträger, und die dritte Phase an Politik und Öffentlichkeit. Begleitet wird die Kampagne von einer Klage. Der Hochschullehrerbund hlb als Vertretung der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften will jetzt die Höhe der Deputatsbelastung in einem Musterprozess klären. Er hat vor dem Oberverwaltungsgericht im niedersächsischen Lüneburg einen Antrag auf Normenkontrolle eingereicht. Kläger sind drei im hlb-Landesverband Niedersach-

sen aktive Hochschullehrer aus Hannover und Osnabrück. Im Prozess vertreten werden sie durch Professor Dr. Nicolai Müller-Bromley, der an der Hochschule Osnabrück Öffentliches Recht lehrt und Präsident der hlb-Bundesvereinigung ist.



Dass gerade Niedersachsen für die Klage ausgewählt wurde, hat einen rein formalen Grund. Nur dann, wenn die jeweilige Lehrverpflichtungsverordnung in einem Bundesland angepasst wird, öffnet sich ein Zeitfenster für die betroffenen Hochschullehrenden, dagegen vor Gericht zu ziehen. Mitte 2018 wurde diese Verordnung überarbeitet. Binnen Jahresfrist nutzte der hlb nun die Chance zu einem Gerichtsverfahren, mit dem Ziel, das Lehrdeputat an den niedersächsischen Fachhochschulen auf zwölf Stunden anzupassen.

Abgebildet ist hier auf einem von insgesamt 12 Plakaten unser bayerische Kollege Michael Nase aus Hof.

2. Der neu gewählte Vorstand stellt sich vor

Am 5. April 2019 wählten die Delegierten des vhb in Kempten den Vorstand für die

nächsten zwei Jahre. Gewählt wurde als Vorsitzender Tobias Plessing (HS Hof):

Als stellvertretende Vorsitzende stehen ihm zur Seite: Ilse Bartke (HS Weihenstephan / Triesdorf), Alfred Bauer (HS Kempten), Franz-Xaver Boos (HS Hof), Clemens Bulitta (OTH Amberg / Weiden), Edwin Schicker (OTH Regensburg). Als Schatzmeister wurden Arnulf Deinzer (HS Kempten) und als Schriftführer Dieter Kohlert (OTH Regensburg) gewählt.

Weiter wurde als Referentin Katina Warendorf (HS München) bestellt.

Das folgende Bild wurde bei der Klausurtagung des Vorstands im Juli 2019 in Bamberg aufgenommen: von links: Clemens Bulitta, Ilse Bartke, Alfred Bauer, Franz-Xaver Boos, Tobias Plessing, Dieter Kohlert, Arnulf Deinzer, Katina Warendorf, Edwin Schicker.



3. Tagungsbericht „Mehr Demokratie an Hochschulen“

von Edwin Schicker, OTH Regensburg

Im Vorfeld der Delegiertenversammlung 2019 des vhb fand am 5. April 2019 eine Tagung zum Thema „Mehr Demokratie an den Bayerischen Hochschulen“ in Kempten statt. Über 40 Professorinnen und Professoren aus ganz Bayern sowie mehrere Mitglieder des Bayerischen Landtags nahmen teil. Ein Anlass war die von der Bayerischen Staatsregierung geplante Hochschulrechtsreform. Der vhb spricht sich für mehr Kompetenzen der Kollegialorgane - Senat und erweiterte Hochschulleitung - aus. Prof. Dr. Tobias Plessing, Vorsitzender des vhb: „Sowohl bei der Konferenz als auch im hochschulpolitischen Umfeld erhalten wir Signale, dass Präsidenten von Hochschulen und die Hochschule Bayern e.V. sich stattdessen für eine weitere Stärkung der Entscheidungsbefugnisse des engeren Kreises der Hochschulleitungen aussprechen. Das ist unseres Erachtens klar der falsche Weg, da die Lehrenden

dadurch von noch mehr wichtigen Entscheidungen an den Hochschulen ausgeschlossen würden.“



Handlungsbedarf sehen wir konkret in mehreren strukturellen Aspekten der derzeitigen Hochschulorganisation in Bayern: Wichtigste Forderung ist wieder mehr Beteiligung von Senat und Erweiterter Hochschulleitung bei Entscheidungen über die fachliche Ausrichtung frei werdender Stellen, sowie bei der Mittelverteilung und bei Zielvereinbarungsverhandlungen. Zur „Erweiterten“ Hochschulleitung gehören neben dem Präsidium auch die Dekane der Fakultäten und die Frauenbeauftragte. Zu den Zielvereinbarungen mit dem Ministe-

rium sollten nach Ansicht des Hochschullehrerverbands zudem die Fakultätsräte verbindlich gehört werden. Ebenso müssten die Wahlvorschläge für die Besetzung der Hochschulräte für die nicht der Hochschule angehörigen Mitglieder des Hochschulrats dringend auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Amtszeiten der gewählten Funktionsträger in der Hochschulleitung sollten nach Ansicht des vhb begrenzt werden.

Auf dem Podium beteiligt waren aus dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst im Bayerischen Landtag Verena Osgyan, MdL der Partei „Die Grünen“ und selbst Hochschulrätin der Technischen Hochschule Nürnberg, sowie der ehemalige bayerische Kultusminister und stellvertretende Ausschussvorsitzende Dr. Wolfgang Heubisch, FDP. Als Besucher nahmen MdL Alexander Hold, Freie Wähler, und MdL Dr. Dominik Spitzer, FDP, an den Vorträgen teil. Dr. Rolf-Dieter Jungk, Amtschef des Bayerischen Staatministeriums für Wissenschaft und Kunst, lies sich durch den verantwortlichen Ministerialrat Dr. Alexander Schmitt Gläser bei der Podiumsdiskussion vertreten.



Den juristischen Fachvortrag hielt der ehemalige Nordrhein-Westfälische Verfassungsrichter und Präsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Wolfgang Löwer. Dieser verwies zum einen auf die rechtliche Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit mit Bezug auf Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes und auf die Erfordernis, dass Personen mit „wissenschaftsrelevantem Sachverstand“ ausreichend Mit-

sprache in inhaltlichen Lehrfragen sowie Forschungsfragen an der Hochschulen haben müssen.



Im Gesamtkontext bewertete die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer, darunter auch Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Lehmann als Vertreter der Hochschule Bayern e.V. und Prof. Dr.-Ing. Tobias Plesing die finanzielle und Gesamtsituation der Bayerischen Hochschulen als sehr zufriedenstellend. Dennoch könnte man natürlich in Details immer nachjustieren. Strukturell allgemein in der Kritik stand vor allem, wie die Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Ministerium getroffen werden. Die Professoren kritisierten darüber hinaus massiv, dass Forschungstätigkeit und Projektarbeit im Rahmen der „Third Mission“ der Professoren auch an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft zukünftig besser honoriert oder durch Lehrdeputatsreduktion ermöglicht werden müssten.

Mut zum Eintreten für ein neues Hochschulgesetz mit mehr Mitsprache der Professorinnen und Professoren, statt den geplanten kleinen Veränderungen des Bestehenden, versuchte Verena Osgyan, Bildungsexpertin der Grünen, den Konferenzteilnehmern zu machen. Sie könne sich sowohl mehr verbindliche Mitsprache für die erweiterte Hochschulleitung und die Fakultäten in einem neu verabschiedeten rechtlichen Rahmen als auch im Interesse von „mehr Demokratie“ die Rückkehr zu einer „Verfassten Studierendenschaft“ gut vorstellen. Anders als Prof. Löwer in seinem Vortrag betonte, sehe Sie es nicht

als erwiesen an, dass jegliches paritätische Mitbestimmungsmodell wirklich final als gescheitert erklärt werden sollte. Heubisch unterstreicht für die FDP, dass auch seine Partei absolut keine grund-

sätzlichen Bedenken gegen mehr Unabhängigkeit der Hochschulen habe – beispielsweise beim Berufungsrecht, allerdings halte er nichts von einer verfassten Studierendenschaft.

4. Was geschieht mit den Betriebsrenten/Standesversorgungen als Altersvorsorge?

von Ilse Bartke, HAW Weihenstephan / Triesdorf

Die Betriebsrenten/Standesversorgungen sind für viele von uns ein wichtiger Baustein der Altersvorsorge – Wir, der vhb, haben uns die vergangenen Jahre intensiv um dieses Thema gekümmert und nicht nur die juristischen Schritte verfolgt und begleitet, sondern auch mit den verschiedenen politischen Entscheidungsträgern regelmäßig gesprochen.

Hintergrundinfo: Seit 2015 bzw. 2017 dürfen nach einem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichts Betriebsrenten und Standesversorgungen bei den Pensionen nicht mehr angerechnet werden.



Das Landesamt für Finanzen/Finanzministerium setzt dieses Urteil jedoch so um, dass Vor-dienstzeiten gekürzt und die Betriebsrenten bzw. Standesversorgungen damit voll oder teilweise kompensiert werden.

Wie sollte man bei Nichteinverständnis vorgehen: Bei Erhalt/Prüfung des Bescheides resp. bei Nichteinverständnis muss gegen diese Vorgehensweise des Landesamts für Finanzen dort **Wider-**

spruch einlegt werden. Ein Widerspruchstext wurde mit Hilfe des vhb/hlbentworfen (zu erhalten bei I. Bartke).

Beispiele aus der Praxis: Ein Kollege hat gegen diese Vorgehensweise bereits den Klageweg vor dem Augsburger Verwaltungsgericht beschritten - bisher leider ohne Erfolg (Az VG Augsburg, Urt. v. 1.6.2017, Az. 2 K 16.149 und Bay. VGH, Beschl. v. 11.12.2017, Az. 3 ZB 17.1413).

Die Argumentation der Gerichte ist, dass der Nur-Beamte gegenüber dem Mischlaufbahnbeamten nicht benachteiligt werden darf. Der Höchstsatz der Versorgungsbezüge liegt bei 71,75% der letzten Bezügemittelung. Den Vergleich des Mischlaufbahnbeamten mit einem „Nur-Beamten“ und damit die Benachteiligung der Kollegen/Kolleginnen mit der geforderten Industrieerfahrung können viele unser Mitglieder nicht nachvollziehen.

Zur Zeit läuft eine Beschwerde vor dem Bayerischen Verfassungsgericht (Az Vf. 13-VI-18). Das Verfahren läuft im Februar 2020 zwei Jahre und wird hoffentlich für alle unsere Kollegen/innen positiv entschieden. Eine Sachstands-anfrage an den Präsidenten des bayerischen Verfassungsgerichts zur Beschleunigung des Verfahrens wurde gestellt.

Hintergrundgespräche: Der vhb hat bez. o.g. Vorgehensweise bisher zwei Gespräche mit dem zuständigen Verantwortlichen im Finanzministerium geführt. Das erste Gespräch kam auf Vermittlung des Bayerischen Bürgerbeauftragten Holetschek zustande.

Unsere Forderung: Erstens sollten die Betriebsrenten nicht über das „Hinter­türchen“ = Streichung der Vordienstzei­ten kompensiert werden. Zweitens soll­ten die Widersprüche ruhiggestellt wer­den, bis das Urteil des Bayerischen Ver­fassungsgerichts erfolgt ist. Leider konnte bei diesen Gesprächen bisher kein positives Ergebnis erzielt werden. Briefe an einige andere Landtagsabge­ordnete blieben leider ohne Antwort.

Fazit: Liebe Kolleginnen und Kollegen mit Ansprüchen auf Betriebsrenten und Standesversorgungen - Was heißt das nun für Euch?

- Bei Erhalt des Bescheides (Strei­chung der Vordienstzeiten) Wider­spruch einlegen. Der Widerspruch wird definitiv abgelehnt. Klage vor

dem Verwaltungsgericht erheben (mit oder ohne Anwalt), damit die Ansprüche nicht verwirken.

- Das Landesamt für Finanzen gibt dann – so bisher in einigen Fällen geschehen – eine schriftliche Zu­sa­ge, dass eine Neuberechnung der Ruhegehälter stattfindet, sobald das Urteil positiv für unseren Kollegen erfolgt.
- Voraussetzung dafür ist: Die Klage gegen das Landesamt für Finanzen wird vom Kläger zurückgezogen

Sobald die Entscheidung des Bayeri­schen Verfassungsgerichtes gefallen ist oder es etwas Neues gibt, werden wir umgehend informieren!

5. Gespräch des vhb-Vorstands mit Minister Sibler am 7. Nov. 2019 im Bayerischen Landtag in München

von Tobias Plessing, HAW Hof

Nach unserer Sommerklausurtagung hatten wir uns darüber verständigt, einen Termin mit dem „neuen“ Staatsminister Bernd Sibler zu vereinbaren, da sich in Sachen Befristung von Professuren, dem Wegfall der KW-Vermerke und einer Anpassung der LUFV bezgl. der Entlastung für Forschung in den letzten Monaten nichts getan hatte. Natürlich wollten wir uns aus erster Hand auch informieren lassen, was die angekündigte Hochschulrechtsreform macht und unsere weiteren Forderungen an oberster Stelle kundtun.

Bernd Sibler ist uns allen aus seiner Zeit als Staatssekretär im „alten“ Kultus- und Wissenschaftsministerium wohl be­kannt. Er hatte uns auf der Delegierten­versammlung 2017 in Deggendorf be­sucht und wir hatten uns auch schon mal in 2018 mit ihm im Maximilianeum ge­troffen.

Unsere Gesprächspunkte wurden mit der Hilfe unserer Kollegin Ilse Bartke wie gefordert 2 Monate vor dem Termin im Detail mit dem Ministerium abgestimmt. Neben den oben genannten Themen sollten auch unsere Forderungen nach 12 SWS Lehrdeputat und einer Mitar­beiterstelle (12+1) sowie das Promotions­recht für HAWs in Bayern zur Sprache kommen. (Mittlerweile haben es schon Hessen, Schleswig-Holstein und NRW eingeführt!)



Der Termin passte dieses Jahr sehr gut, da er kurz nach der Veröffentlichung

der Hightech-Agenda unseres Ministerpräsidenten Söder in eine Zeit fiel, in der auch viele neue Fragen aufgeworfen wurden.

Der Minister ging anfangs nicht auf die vorbereiteten Punkte ein, sondern pries uns die Hightech-Agenda an. Es sollen daraus mindestens 300 neue Stellen der angekündigten 1000 neuen Professuren kapazitätsneutral an die HAWs gehen. D.h. diese Stellen sollen für eine Entlastung der forschenden Kolleginnen und Kollegen sorgen. Ob dies im Rahmen einer LuFV-Novelle oder über einen ministeriellen Erlass passieren wird, konnte er uns noch nicht genau sagen. Man arbeite auf Hochtouren an einer Regelung im Ministerium. Zusätzlich besteht die Möglichkeit weitere Professuren über einen KI-Wettbewerb an die HAWs zu holen. Die Ausschreibung dazu soll kurzfristig erfolgen.

Der Minister Sibler machte uns unmissverständlich deutlich, dass er an den 18 SWS Lehrverpflichtung nichts ändern will. Es soll aber neue Entlastungsmöglichkeiten, speziell für Forschung, durch die bereits 90 kapazitätsneutral geschaffenen und die in den nächsten 4 Jahren zusätzlichen 300 Professorenstellen geben.

Durch die Hightech-Agenda und die damit verbundenen Reformen will Minister Sibler das Berufsrecht ganz an die Hochschulen delegieren, die personelle Ausstattung an den Hochschulen verbessern, Startup-Gründungen auch

für Kolleginnen und Kollegen vereinfachen, die Experimentierklausel im Hochschulgesetz erweitern und damit neue organisatorische Strukturen an Hochschulen in Bayern ermöglichen (z.B. Departments an der neuen Uni in Nürnberg). Er fühlt sich hier stark inspiriert vom ehemaligen Rektor der TU München Prof. Herrmann, der die interdisziplinäre Bildung an Hochschulen/Universitäten als zentrales Element ansieht.

Ein Promotionsrecht für die HAWs in Bayern lehnt Staatsminister Sibler derzeit kategorisch ab. Er ermutigt uns, den eingeschlagenen Weg mit BayWiss zu unterstützen. Wir haben in diesem Zusammenhang weniger Konsensbereitschaft gezeigt und kurzfristig eine bessere finanzielle Ausstattung von BayWiss gefordert.

Die Veränderungen aus dem neuen Innovationsbündnis mit der Bundesregierung sieht Minister Sibler ebenfalls als Erfolg an. Über diese Ko-Finanzierung erhofft er sich eine verbesserte Ausgangslage, die bestehenden KW-Vermerke an den HAWs im nächsten Doppelhaushalt zu eliminieren. Dies stellte er unter den Vorbehalt, dass er da auch noch Minister für Wissenschaft in Bayern sein würde.

Wir haben uns gefreut, dass wir fast zwei Stunden ein konstruktives Gespräch mit ihm führen konnten sowie über seine Zusage im Frühjahr 2021 zu unserem 50-jährigen Jubiläum zu kommen.

6. Internationaler Austausch zu Fragen der Hochschulpolitik beim IFHAG Treffen 2019

von Clemens Bulitta, OTH Amberg-Weiden

Am 21.11. und 22.11.2019 traf sich die Internationale Fachhochschule Arbeitsgruppe (IFHAG) zu ihrem jährlichen Arbeitstreffen an der Hochschule Nordwestschweiz auf dem Campus in Brugg.

Mit dabei waren: Karsten Böhm von der FH Kufstein für Österreich, Franz Baumberger früher Vorsitzender der Schweizer Dozierenden Vereinigung für die Schweiz, Ronald Schaul von der HdM Stuttgart, Michael Scharpf von der HdBA Mannheim und Peter Heusch aus Baden Württemberg für den vhw und den hlb,

sowie als Gastgeber Norbert Hofmann von der FH Nordwestschweiz und Vorstand der Dozierenden Vertretung Schweiz sowie Jürg Christner Direktor Hochschule für Technik der FH Nordwestschweiz.



Für Bayern und den vhb nahmen Tobias Plessing, Arnulf Deinzer und Clemens Bulitta teil. Nach einem gemeinsamen Abendessen am 21.11. stand dann am nächsten Tag die Arbeitssitzung an. Kollege Christner gab bei seiner Begrüßung sehr interessante Einblicke in das

Schweizer Bildungs- und Hochschulsystem und stellte uns die FH Nordwestschweiz vor. Anschließend tauschten wir uns in Berichten aus den Ländern zu aktuellen Fragestellungen und hochschulpolitischen Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz aus.

Hauptthema im Fokus des diesjährigen Treffens waren dann Aspekte der Digitalisierung und digitalen Lehre in den einzelnen Ländern. Neben Fragen zu didaktischen Aspekten, der technischen Infrastruktur bzw. Ausstattung, und digitalen Unterstützung der administrativen Prozesse z.B. durch Campus Management Systeme wurden auch die Risiken durch Einflussnahme der Industrie, Herausforderungen durch die DSGVO und wirtschaftliche Aspekte diskutiert. Nach einem gemeinsamen Mittagessen rundete eine Führung durch die beeindruckenden Labore der Hochschule für Technik das Treffen ab.

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2020!



Impressum

 Aspekte

Herausgeber:

Verband der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern e.V.

Verantwortlich:

Prof. Dr. Tobias Plessing, Hochschule Hof, Alfons-Goppel-Platz 1, 95028 Hof

E-Mail: tobias.plessing@hof-university.de

Redaktion:

Prof. Dr. Edwin Schicker, Prüfeninger Str. 58, 93049 Regensburg

E-Mail: edwin.schicker@oth-regensburg.de